

Nr.: 006/2017

■ Dezernat	V - Soziales & Jugend	24.01.2017
■ Fachbereich	Stabsstelle Planung & Steuerung (Altenhilfe)	
■ Verfasser/-in	Müller, Robert	
■ Telefon	07621 410-5030	

Beratungsfolge	Status	Datum
Sozialausschuss und Betriebsausschuss "Heime des Landkreises Lörrach"	öffentlich	15.02.2017

Tagesordnungspunkt

Erweiterung des Pflegestützpunkts

Beschlussvorschlag

Der Aufstockung des Personals im Pflegestützpunkt um weitere 0,5 Stellen zur Ausweitung des Beratungsangebotes, Verbesserung der Beratungsqualität durch Beratung auch in der Häuslichkeit und zum Ausbau des Care Managements wird zugestimmt.

Der Erweiterungsantrag für den PSP an die Landesarbeitsgemeinschaft Pflegestützpunkte wird zurückgezogen, bis sich die Rahmenbedingungen bzw. Förderbedingungen verbessert haben.

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt	6	Soziales & Arbeit
Produktgruppe	31.80	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
Produkt(e)	31.80.07	Pflegestützpunkt und ipunkt
Wirkungsziel / beabsichtigte Wirkung (Was soll erreicht werden?)		Ältere, Pflegebedürftige bzw. Behinderte und ihre Angehörigen erhalten eine trägerneutrale, niedrigschwellige und kostenlose Beratung zu gesetzlichen Ansprüchen und Hilfeangeboten.
Leistungsziel / angestrebtes Ergebnis (Was müssen wir dafür tun?)		Der Pflegestützpunkt (PSP) wird um 0,5 Vollzeitstellen aufgestockt.
Zielerreichungskriterium (Indikator, Kennzahl, Leistungsmenge):		Erweiterung des Pflegestützpunkts

■ Personelle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> nein	X ja, ggf. Erläuterung		
■ Finanzielle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> nein	X ja,		
<input type="checkbox"/> im Ergebnishaushalt	Aufwand	Ertrag	einmalig in	wiederkehrend
	26667 €	0 €		X
<input type="checkbox"/> im Finanzhaushalt	Investitions- kosten brutto	Zuschüsse u. ä.	Investitions- kosten LK netto	zeitliche Umsetzung
	€	€	€	€

Mittelbereitstellung - in EUR -

ErgebnisHH		Zeilen-Nr.	2015	2016	2017	2018	ab 2019
Bedarf	Erträge				0	0	0
	Personalaufwand				24000	24000	24000
	Sachaufwand				2667	2667	2667
	Kalk. Aufwand						
Plan	Erträge						
	Personalaufwand				24000	24000	24000
	Sachaufwand				2667	2667	2667
	Kalk. Aufwand						
FinanzHH investiv		Zeilen-Nr.	2015	2016	2017	2018	ab 2019
Bedarf	Einzahlung						
	Auszahlung						
Plan	Einzahlung						
	Auszahlung						

■ **Deckungsvorschlag** (wenn Mittelbedarf größer als Plan)

Begründung

■ Sachverhalt

Mit Beschluss des Sozialausschusses vom 08.10.2014 wurde der Einrichtung eines weiteren Pflegestützpunkts (PSP) in Schopfheim mit 1,0 Personalstellen zugestimmt, mit der Zielsetzung, das wohnortnahe Beratungsangebot zu verbessern und den Ausbau ambulanter Versorgungsstrukturen zu unterstützen. Ein weiteres Ziel war, Senioren rechtzeitig Versorgungsalternativen aufzuzeigen, um den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu sichern. .

Am 31.03.2015 wurde vom Landkreis ein Antrag auf Erweiterung des Pflegestützpunktes (PSP) von 1,2 Stellen auf 2,2 Stellen bei der LAG Pflegestützpunkte gestellt.

Neben der Deckung der erhöhten Nachfrage nach Beratung sollte mit der zusätzlichen Stelle die Ausweitung des Geltungsbereichs des bestehenden PSP auf Schopfheim, Steinen und das Kleine Wiesental sowie die verstärkte Durchführung von Beratung in der Häuslichkeit sichergestellt werden.

Nach Antragstellung wurden von der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Pflegestützpunkte - insbesondere von Seiten der Kassenvertreter - im Laufe der Zeit immer wieder neue Kriterien für die Beurteilung des zusätzlichen Bedarfes an Beratung und für die Bemessung der Auslastung und Co-Finanzierung nachgeschoben, wodurch sich u.a. auch der erforderliche Co-Finanzierungsanteil für den Kreis erhöht hat.

Als Bedingungen für die Gewährung eines Zuschusses für die Erweiterung des PSP wurden nachträglich gefordert:

- die Abdeckung des gesamten Kreisgebietes durch den Pflegestützpunkt ohne Rücksichtnahme auf damit verbundene die Gefährdung der stiftungsfinanzierten Beratung durch den ipunkt,
- eine 90 % Auslastung der Beratungskräfte gemessen an einer fiktiven Mindestpersonalbesetzung mit 1,5 Vollzeitstellen,
- eine Mindestpersonalbesetzung von 1,5 Stellen beim vorhandenen Pflegestützpunkt
- volle Ausschöpfung des Landeszuschusses nur bei einer Erweiterung um weitere 1,5 Stelle
- eine kostenintensive und zeitaufwändige (Nach-)Qualifizierung sämtlicher bereits vorhandener und neu einzustellender MitarbeiterInnen gemäß den Empfehlungen des GKV-Spitzenverbandes nach § 7a Abs. 3 Satz 3 SGB XI zur Anzahl und Qualifikation der Pflegeberaterinnen und Pflegeberater vom 29. August 2008.

Durch die zusätzlichen Forderungen reduzierte sich auch der für die Erweiterung zu erwartende Zuschuss der Kassen von ehemals 56.000 € für 1,0 VZÄ auf jetzt nur noch 26.000 € für 0,7 VZÄ.

Seit Antragstellung wurde von Seiten der Verwaltung durch verschiedene intensive Gespräche mit dem Landkreistag, dem Sozialministerium und der LAG PSP versucht, die bestehenden Hindernisse und Diskrepanzen auszuräumen.

Durch temporäre Übertragung von 0,3 Vollzeitstellen vom ipunkt auf den PSP wurden von Mai - Dez 2016 die Stellenanteile des PSP auf die vom Land fiktiv angenommene Mindestpersonalbesetzung von 1,5 Stellen aufgestockt, um die geforderte Auslastung von 90 % zu erreichen. Dadurch ist es gelungen, die vom Land geforderte Beratungsleistung zu erfüllen.

Hinsichtlich der Einbindung der Fritz-Berger-Stiftung in das Beratungskonzept sowie der Beratungsschwerpunkte innerhalb des Landkreises konnte jedoch kein befriedigender Konsens gefunden werden.

Es ergibt sich damit folgende Situation:

Von der beabsichtigten Erweiterung des PSP um 1,0 Stellen müssten vorab 0,3 Stellen eingesetzt werden, um erst einmal den vom Land für PSP geforderten Mindestpersonalbestand von 1,5 Stellen zu schaffen. Damit würde die „Erweiterung“ nach Lesart der LAG nur noch 0,7 Stellen betragen, so dass sich der Zuschuss des Landes von 56000 € auf 26.000 € reduzieren würde. Dafür müsste die landkreisspezifische konzeptionelle und strategische Ausrichtung des PSP den Kassenvorstellungen untergeordnet werden.

Die geforderte kreisweite Zuständigkeit des PSP nach der Erweiterung würde außerdem eine Gefährdung der stiftungsfinanzierten Beratungsleistungen des ipunktes mit sich bringen, da die Stiftung mit ihren Leistungen nur bei bestehenden Angebotslücken tätig werden darf. Weiterhin ist der zeitliche Aspekt einer Entscheidung der LAG völlig unklar,

Seit der Stellung des Erweiterungsantrags hat sich die Nachfrage nach Beratung nochmals erhöht.

Nach Sachlage war zu prüfen, ob die für die Erhöhung eingestellten Landkreismittel für eine Aufstockung der Personalressourcen eingesetzt werden sollten, ohne den Erweiterungsantrag unter den genannten Umständen derzeit weiter zu verfolgen.

Eine solche Aufstockung der Beratungskapazitäten ohne formale Erweiterung des bestehenden PSP hätte den entscheidenden Vorteil, dass hierdurch

- die durch die LAG PSP aufgestellten zusätzlichen Erweiterungsbedingungen nicht erfüllt werden müssten,
- die Aufstockung der Beratungskapazitäten rasch durchführbar wäre (0,6 Stellen müssen wegen des Renteneintritts einer Mitarbeiterin ab Juni 2017 neu besetzt werden. Mit einer zeitnahen Aufstockung könnte eine Vollzeitstelle ausgeschrieben und damit das Bewerberfeld erweitert und deutlich verbessert werden),
- die erheblich gestiegenen Nachfrage nach neutraler Beratung und Unterstützung (insbes. aufgrund des PSG II, der teilweise unbefriedigenden Versorgungslage im Landkreis und der Zunahme allein lebender Seniorinnen und Senioren) zügig begegnet werden könnte,
- die für die Erweiterung vorgesehenen Mittel zweckgemäß verwendet werden würden, ohne dass Mehrkosten entstehen und die konzeptionelle und strategische Ausrichtung der zusätzlichen Beratungskapazitäten im Landkreis bedarfsorientiert erfolgen könnte.

Die zeitnahe Aufstockung würde einem möglichen späteren Erweiterungsantrag des PSP unter geänderten Rahmenbedingungen nicht entgegenstehen. Vielmehr könnten die dadurch generierten Beratungszahlen und Kenntnisse die konzeptionelle Ausrichtung des Pflegestützpunkts argumentativ untermauern und die Chancen eines zukünftigen Antrags verbessern.

Marion Dammann
Landrätin

Elke Zimmermann-Fiscella
Dezernentin Soziales und Jugend
